



# Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5094.02

PD/P105094  
Basel, 30. Juni 2010

Regierungsratsbeschluss  
vom 29. Juni 2010

## **Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend den Aussagen des Sekretärs der Muslimischen Gemeinde Basel in SF „DOK“**

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„In der Reihe DOK des Schweizer Fernsehens wurde vom vergangenen Mittwoch das Thema "Muslime in der Schweiz" diskutiert. Dabei haben insbesondere die Basler Muslime und deren Protagonisten ein nicht integriertes und gegenüber Andersgläubigen und Frauen ein diskriminierendes Bild abgegeben.

Neben den Hetzbotschaften diverser Imame hat auch Aziz Osmanoglu, der Sekretär der Muslimischen Gemeinde Basel, eine Hauptrolle im Film gespielt. Aziz Osmanoglu ist seit Jahren arbeitslos und bezieht für sich und seine Familie Sozialhilfe. Insbesondere die Frau kann als nicht integriert bezeichnet werden, da sie fast kein Wort deutsch spricht. Beide Elternpaare verbieten den gemeinsamen Kindern die Teilnahme am Schwimmunterricht.

Als angeblich "ehrenamtlicher" Sekretär der Muslimischen Gemeinde Basel nimmt Herr Osmanoglu prinzipiell eine Vorbildfunktion für die hier lebenden Muslime ein. Seine Aussagen, als offizielles muslimisches Sprachrohr, sollten daher Gewicht haben.

Insbesondere die Tolerierung von Peitschenhieben und dem Schlagen von Frauen, als Interpretierung des Korans, werden durch Herrn Osmanoglu als Kernbotschaft des Islams vermittelt. Dabei scheut er sich nicht, vor laufender Kamera sich für die Einführung der Scharia in der Schweiz auszusprechen. Diese Aussagen stellen sich klar gegen das Gesetz und die Verfassung.

Der Anfragende bittet daher den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie steht der Regierungsrat zu den Aussagen, insbesondere zur Einführung der Scharia, des offiziellen Muslimvertreters Aziz Osmanoglu?
2. Welche Kontakte pflegt der Regierungsrat mit der Vereinigung "Muslimischen Gemeinde Basel"?
3. Wird diese Gemeinde vom Regierungsrat resp. von Dienststellen finanziell in irgendeiner Art und Weise unterstützt?
4. Falls ja, für welche Projekte resp. in welchem Umfang?
5. Wurde die Familie Osmanoglu, aufgrund der Nichtteilnahme der Kinder am obligatorischen Schwimmunterricht, seitens der Behörden gemahnt resp. bestraft?

6. Wurde/Wird seitens der Basler Integrationsstelle eine sogenannte und von Regierungspräsident Morin stets hochgelobte Integrationsvereinbarung mit der Familie mit klaren Vorgaben geschlossen?
7. Wird, aufgrund der nicht vorhandenen Deutschkenntnisse und der für jedermann ersichtlichen Nichtintegration von Frau Osmanoglu, ein Integrationskurs derselbigen ins Auge gefasst?
8. Gedenkt der Regierungsrat gegen Herrn Osmanoglu aufgrund verfassungsfeindlicher Aussagen strafrechtlich vorzugehen?

Alexander Gröflin“

Zu den Fragen der Schriftlichen Anfrage Alexander Gröflin kann der Regierungsrat wie folgt Antwort geben

*1. Wie steht der Regierungsrat zu den Aussagen, insbesondere zur Einführung der Scharia, des offiziellen Muslimvertreters Aziz Osmanoglu?*

Aziz Osmanoglu ist nicht der offizielle Muslimvertreter von Basel. Die "Muslimische Gemeinde Basel", deren Sekretär Aziz Osmanoglu ist, wurde im Sommer 2007 gegründet und ist nicht der Dachverband von Basler Musliminnen und Muslimen, sondern eine Vereinigung von jüngeren Muslimen vorwiegend türkischer Herkunft. Sie sind nicht Mitglied des Dachverbandes "Basler Muslim Kommission". Zu den Aussagen sind zum jetzigen Zeitpunkt keine Äusserungen möglich, da ein Strafverfahren hängig ist.

*2. Welche Kontakte pflegt der Regierungsrat mit der Vereinigung "Muslimischen Gemeinde Basel"?*

Die Koordinatorin für Religionsfragen und die Leiterin der Abteilung Gleichstellung und Integration haben Tage der Offenen Tür der Spielgruppen im Kleinbasel und im Gundeldingerquartier besucht.

Es fanden mehrere Diskussionen zwischen dem Leiter Bildung Erziehungsdepartement, der Koordinatorin für Religionsfragen und der Muslimischen Gemeinde Basel statt. Es ging dabei um schulische Fragen (z.B. Schwimmunterricht), im Zusammenhang mit der Handreichung "Umgang mit religiösen Fragen an der Schule" des Erziehungsdepartements Basel-Stadt.

Die Rektorate sind grundsätzlich immer im regelmässigen Kontakt mit den Eltern betreffend Umsetzung der Schulpflicht, unabhängig von der Religionszugehörigkeit.

*3. Wird diese Gemeinde vom Regierungsrat resp. von Dienststellen finanziell in irgendeiner Art und Weise unterstützt?*

Die Muslimische Gemeinde Basel erhielt im Rahmen der Projektförderung für ein im 2009 eingegebenes Projekt von «Integration Basel» Fachstelle Integration und Antidiskriminierung, Abteilung Gleichstellung und Integration, PD, eine finanzielle Unterstützung.

*4. Falls ja, für welche Projekte resp. in welchem Umfang?*

Das Projekt «Integration muslimischer Frauen» wurde mit CHF 4000 (CHF 2000 kantonale Gelder, CHF 2000 Bundesgelder) unterstützt. Das Projekt umfasste 8 Informationsveranstaltungen, die mit je CHF 500 unterstützt wurden und die entsprechend den Auflagen des Bundesamts für Migration BFM und «Integration Basel» aus dem von der GGG Ausländerberatung bereit gestellten Informationsmodulen gestaltet wurden.

5. *Wurde die Familie Osmanoglu, aufgrund der Nichtteilnahme der Kinder am obligatorischen Schwimmunterricht, seitens der Behörden gemahnt resp. bestraft?*

Die zuständigen Schulbehörden behandeln die Fälle jener Kinder, die am obligatorischen Schwimmunterricht nicht teilnehmen, gemäss den gesetzlichen Vorgaben. Die Verfahren sind zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Schriftlichen Anfrage noch nicht abgeschlossen.

6. *Wurde/Wird seitens der Basler Integrationsstelle eine sogenannte und von Regierungspräsident Morin stets hochgelobte Integrationsvereinbarung mit der Familie mit klaren Vorgaben geschlossen?*

Die Familie ist schweizerischer Nationalität. Die Voraussetzungen für eine Integrationsvereinbarung nach Ausländergesetz sind damit nicht gegeben.


7. *Wird, aufgrund der nicht vorhandenen Deutschkenntnisse und der für jedermann ersichtlichen Nichtintegration von Frau Osmanoglu, ein Integrationskurs derselbigen ins Auge gefasst?*

Integrationskurse erfolgen für Personen ohne Integrationsvereinbarung grundsätzlich auf freiwilliger Basis.

8. *Gedenkt der Regierungsrat gegen Herrn Osmanoglu aufgrund verfassungsfeindlicher Aussagen strafrechtlich vorzugehen?*

Gegen die erwähnte Person läuft ein strafrechtliches Verfahren.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin